

DAS TOBLACHER DEMOKRATIE-MANIFEST 2023



DIE DEMOKRATIE, DIE WIR WOLLEN!

Wir wollen eine Demokratie für das gute Leben heute und für die Zukunft! Eine Demokratie, mit der wir **alle gemeinsam** für ein gutes Klima ebenso unter uns Menschen wie in der Natur sorgen können.

Wir wollen eine Demokratie, in der die menschliche und die natürliche Vielfalt und die Verschiedenheit zu den höchsten Werten zählt, zusammen mit der Aufgabe, jederzeit in der Vielfalt und Verschiedenheit einen gemeinsam gangbaren Weg zu finden für ein gutes Leben für alle – für alle Menschen und alles Lebendige auf dieser Welt.

Wir wollen eine Demokratie, in der weder eine Minderheit eine Mehrheit, noch eine Mehrheit eine Minderheit beherrscht, sondern in der die Vielzahl der Minderheiten, die wir sind und zu denen wir gehören, die Möglichkeit hat und lernt, sich fortwährend aufeinander abzustimmen, so wie Musiker eines Orchesters ihre Instrumente aufeinander abstimmen. Das ist keine Utopie! Die ausgelosten Bürgerräte sind der lebendige Beweis dafür. Die Einrichtung der Parlamente hat ursprünglich genau das versprochen, wengleich auch nicht gehalten.

Wir wollen eine Demokratie, in der die Macht zu bestimmen, was für alle gelten soll, so weit, als nur irgend möglich, bei den BürgerInnen bleibt und sie mit ihr den Zugang haben, die Vielfalt der Sichtweisen kennen zu lernen und alle Instrumente, um sich darüber zu verständigen.

Wir wollen eine Demokratie der Kleinteiligkeit und Dezentralität, der Einbeziehung und nicht des Ausschlusses wie es in der Demokratie heute mit der Herrschaft einer kleinen Mehrheit über eine große Minderheit der Fall ist.

Entweder finden wir die richtigen Wege gemeinsam und im Einverständnis mit allen

und für alle oder wir finden sie gar nicht.

Das politische System macht das Klima, gutes und schlechtes!

Ein politisches System, in dessen Rahmen die Entscheidungen für das Leben einer Gesellschaft gefällt werden, bestimmt in jeder Hinsicht das Klima, das soziale ebenso, wie das natürliche Klima.

Wir Menschen müssen darauf achten, welches Klima wir schaffen, nicht, wie wir es schützen können.

Suchen wir, gegenseitig wertschätzend, einander zuhörend, alle gemeinsam die Lösungen, die uns grundsätzlich überzeugen, dann leben wir in einem Klima der förderlichen Zusammenarbeit, in einem guten Klima. Wir bestimmen uns selbst. Werden wir fremdbestimmt, werden uns Lebensweisen aufgezwungen, dann wird die Verständigung zwischen uns Menschen schwierig. Wir leben in einem schlechten Klima. Der herrschende Grad an Demokratie, mehr oder weniger Demokratie, bestimmt das Klima, er bestimmt die Neigung (klínein), auf der wir uns bewegen. Mehr Demokratie ist Garantie für Gleichgewicht, weil Demokratie, von ihrem Ideal her gesehen, grundsätzlich die Suche nach Ausgleich und Integration der unterschiedlichen Positionen ist.

Ökologisches ist soziales Ungleichgewicht und umgekehrt

Nur demokratische Verständigung und Abstimmung zwischen uns allen kann vermeiden, dass die ohnehin schon schiefe Ebene, auf der wir uns bewegen – dass soziales und ökologisches Ungleichgewicht – noch schief wird und wir drohen, den Halt zu verlieren, als einzelne Menschen drohen sozial und als Menschheit ökologisch abzustürzen.

Je mehr Demokratie, desto größer das Gleichgewicht

Mehr oder weniger Demokratie entscheidet über das Klima, in dem wir leben. Wenn wir sehen, wo wir stehen, dann hat die herrschende Demokratie für ein gutes Klima nicht nur nicht ausgereicht. Mehr noch müssen wir feststellen, dass das realpolitische System, in das sie heute gekleidet ist, sie von innen ausgehöhlt hat, sie zu zerstören droht und sie so zur Bedrohung für die soziale und natürliche Welt geworden ist.

Ungleichgewicht als Fortschrittmotor ist nicht mehr leistbar

Mit der herrschenden Demokratie ist die Ungleichheit zwischen den Menschen und zwischen den Ländern enorm angestiegen. Sie fördert das zügellose Streben nach materiellem Wohlstand. Diese Ungleichheit, für wenige immer bessere Lebensbedingungen und verschlechterte für die Vielen, zwingt die ganze Welt in einen nachholenden Fortschritt, mit dem Versprechen, für alle zu realisieren, was für wenige an Bequemlichkeit schon Realität ist. Doch diese Realität für wenige, das führt uns jetzt die

Klimaproblematik vor Augen, ist nicht für alle Menschen und nicht für die ganze Welt verallgemeinerbar. Folglich braucht es mit mehr Demokratie mehr Gleichheit.

Unvollständige Demokratie kann kein Gleichgewicht herstellen

Dazu muss Demokratie selbst in einen Zustand des Gleichgewichtes gebracht und muss sie der lebendige soziokratische Kreislauf einer demokratischen Gesellschaftsstruktur werden.

Bisher ist sie nur einseitig Vertretungsdemokratie und sie ist damit in einem Zustand des Ungleichgewichtes und der latenten Gefährdung. Die dem Volk mit der Demokratie versprochene Souveränität besteht in kaum mehr als in der Macht, diese regelmäßig an eine gewählte Vertretung abzugeben, nicht aber den eigenen Willen in Sachfragen zur Geltung zu bringen. Unübersehbar regieren damit die ökonomisch stärksten Interessen und nicht das Gemeinwohl. Von vielen wird deshalb Politik als tendenziell hilflos wahrgenommen, als überfordert, als von starken Interessengruppen in Besitz genommen, als Fassade, als „Postdemokratie“. Das bewirkt in vielen Menschen Gefühle von Ohnmacht und (depressiver) Resignation. Individualistische Lösungsversuche, Rückzug aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang und Hinwendung zu autoritären Gesellschaftsmodellen sind die Folge.

Die Idee der Demokratie verwirklichen

Wie können die tief Enttäuschten wieder gewonnen werden? Welche Antworten auf den Satz „es hilft doch alles nichts, die machen doch was sie wollen“? Genügt der Satz „Demokratie, ist das einzige, das wir haben, die einzige Idee, die uns Stimme und Würde geben kann?“ Viele Generationen von Menschen, die für Demokratie gekämpft haben, die weiter für sie kämpfen und weltweit dafür verfolgt werden, haben sich unter Demokratie etwas Anderes vorgestellt. Sie alle würden diesem Satz wohl zustimmen. Jetzt, wo ein lebenswertes Leben für so viele Menschen auf der Welt, ja das Überleben der Menschheit in Frage gestellt ist, muss klar werden, dass das Umlenken im letzten Moment, das So-geht-es-nicht-Weiter, mit der Entscheidung für eine vervollständigte Demokratie beginnt.

Teilhabe aller ermöglichen

Die Vorstellung von einer vervollständigten Demokratie meint die potenzielle Teilhabe **aller** Menschen einer territorialen Gemeinschaft an den für sie, mit ihnen und von ihnen selbst zu treffenden politischen Entscheidungen.

Voraussetzungen für die Teilhabe aller

Alle sollen die **MÖGLICHKEIT** haben, an Entscheidungsfindungen und politischen Entscheidungen aktiv und kreativ teilzuhaben, ungeachtet von materiellem Wohlstand, sozioökonomischem Hintergrund, geografischer Herkunft, Religion, Staatsangehörigkeit,

ethnischer Zugehörigkeit, Sprachkenntnissen, Bildungs- und elterlichem Status, Alter, vorhandener Beeinträchtigung, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung oder anderen Identitäten und Lebenserfahrungen. Diversität verlangt Inklusion.

Auch für benachteiligte oder unterprivilegierte Menschen soll generell Zugänglichkeit garantiert und es *real* möglich und attraktiv sein mitzuwirken, z.B. durch finanzielle Entschädigung, Kinderbetreuung, adäquate Sprache und Visualisierung, Übersetzung, dialogische Kultur, freundliche, sicher und diskriminierungsarm gestaltete Räume und Werkzeuge, gute und faire Prozessbegleitung und Moderation etc..

Entscheidungsfindungsprozesse werden als Prozesse gemeinsamen Lernens verstanden, die in angstfreier und fehlerfreundlicher Atmosphäre, Konfliktfähigkeit, Fairness und globale Solidarität aushandeln und erproben.

Alle tragen Verantwortung

Alle haben **VERANTWORTUNG**, entsprechend ihrer *realen* Möglichkeiten. Es gibt keinen Zwang zur Partizipation, aber die einfache Zugänglichkeit, die konviviale Gestaltung und die tatsächliche Wirksamkeit, begünstigt, dass viele Menschen sie als sinnvoll, lustvoll und wichtig erleben.

Diese Verantwortung geht mit einer hohen Anforderung an Transparenz und dem Aufbau gegenseitigen Vertrauens einher. Klar ausformulierte Verfahren der Transparentmachung helfen ein Verantwortungsbewusstsein zu entwickeln und die Pflicht, Rechenschaft abzulegen von politischen Akteure*innen und Entscheidungsträger*innen.

Durch Bewusstseinsbildung und Demokratisierungsprozesse in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens (Arbeit, Schulen etc.) werden Menschen zu politischer Teilhabe befähigt (politische Grundbildung).

Gute Regeln zur direkten Demokratie erlauben weiterhin die meisten Entscheidungen durch die indirekte Demokratie

Wege der politischen Teilhabe

Politische Teilhabe ist auf vielfach bewährte Weise über vier Wege möglich:

- I. **den parlamentarischen, indirekt demokratischen,**
- II. **den direkt demokratischen**
- III. **den partizipativen und**
- IV. **den digital-konsultativen Weg.**

Das Entscheidende dabei ist: Diese Wege müssen zusammen und gleichzeitig begangen werden.

I. Der parlamentarische, indirekt demokratische Weg

Ein Großteil der Entscheidungen wird immer von gewählten Vertretern zu treffen sein. Das bedeutet **keinen Vorrang der parlamentarischen Demokratie**, sondern das verlangt deren besondere Kontrolle und deren wirksame **Ergänzung mit Direkter Demokratie**. Die politische Vertretung, die ein hohes Maß an politischer Verantwortung trägt, muss nach Regeln zustande kommen, die von einer großen Mehrheit der WählerInnen geteilt werden. Deshalb muss ein Wahlgesetz entweder auf Initiative der BürgerInnen entstehen und beschlossen werden oder muss, wenn es von den Gewählten beschlossen wird, obligatorisch dem Referendum unterworfen werden. Weiters müssen die Entscheidungen der Gewählten auf einfache und wirksame Weise jederzeit von denen, die sie vertreten, kontrolliert und nötigenfalls ausgesetzt oder rückgängig gemacht werden können. Ebenso müssen die Wähler jederzeit selbst und nach von ihnen selbstbestimmten Regeln auf jeder Ebene und entsprechend ihrer Zuständigkeit über alle Sachfragen Entscheidungen fällen können.

Werden diese Wege zusammen gegangen, dann ist damit schon entscheidend die Zusammenarbeit aller geboten.

Verschiedene Positionen sollen sich ergänzen und nicht ausschließen.

Regeln zur Zusammenarbeit

Dazu müssen direkte und indirekte Demokratie so gestaltet sein, dass die Zusammenarbeit über jede Verschiedenheit hinweg naheliegend und verbindlich wird.

Listenübergreifendes Wählen

Für die indirekten Demokratie heißt das:

Überwunden werden muss die strenge parteiliche Trennung der Vertreter. Ein jeder/jede ist verfassungsgemäß unmittelbar und zuallererst dem Wähler verpflichtet, nicht der Partei. Der Wähler darf folglich nicht gezwungen sein, nur Kandidaten einer Partei wählen zu müssen – er kann sich von Kandidaten verschiedener Parteien vertreten wissen wollen. Seine Stimme darf nicht gezwungenermaßen auf eine Parteistimme reduziert werden. Deshalb muss listenübergreifendes Wählen möglich sein und soll die Stärke einer Partei vom Zuspruch abhängig sein, den ihre Kandidaten von den Wählern erhalten. Neben den Stimmen für die Parteien müssen auch Stimmen für die Kandidaten die Sitzverteilung bestimmen.

Mandatsbegrenzung

Je weniger die politische Vertretung zum „Beruf“ werden kann, je mehr sie Zivildienst ist, desto weniger werden die Grenzen zwischen den Parteien verhärten. Deshalb muss eine Mandatsbegrenzung gelten.

Konkordanzregierung

Die Aufgabe der Zusammenarbeit muss nicht nur die gesetzgebende Versammlung,

sondern muss auch die Regierung leisten. Ihre Arbeit ist umso wertvoller und überzeugender, je mehr Menschen sich von ihr vertreten wissen können. Das ist mit einer einfachen Mehrheitsregierung nicht der Fall. Regierungen müssen sich aus Vertretern zusammensetzen, die einen möglichst hohen Prozentsatz der Wähler (70-80%) vertreten, nicht nur aus Vertretern einer Regierungsmehrheit von 51%. Auch gut anwendbare und wirksame Direkte Demokratie zwingt zur Zusammenarbeit, wenn sich knappe Mehrheiten nicht immer wieder in ihren Entscheidungen mit der Überprüfung durch das Referendum konfrontiert sehen wollen.

Direkte Demokratie ist auch die einzige wirkliche Garantie, dass die parlamentarische Zusammenarbeit aller in der Realität der Menschen geerdet bleibt.

Wie muss direkte Demokratie geregelt sein, damit sie einen konstruktiven Austausch mit der indirekten entwickelt und offen zum Dialog ist? Dafür eignet sich vor allem die Möglichkeit für die parlamentarische Versammlung, mit Mehrheitsbeschluss einen Gegenentwurf zum Gesetzesvorschlag eines Promotorenkomitees mit zur Abstimmung zu bringen. Dazu eignen sich auch vorgeschaltete partizipative Verfahren und ausreichend lange Zeiten für die Unterschriftensammlung. BürgerInnen und ihre Vertreter sollen gleichermaßen ausreichend Gelegenheit haben, sich mit einem Vorschlag von Promotoren vertraut zu machen.

Strenge Gewaltenteilung

Entscheidend für eine nachdrücklich verlangte Zusammenarbeit ist auch eine rigorose Gewaltentrennung. Keine „Gewalt“ darf die Macht haben, eine andere zu übergehen, sie zu bestimmen und sich nicht auf sie einlassen zu müssen. Deshalb ist z.B. die personelle Trennung von Exekutive (Regierung) und Legislative (Parlament, Landtag, Gemeinderat) verpflichtend und dürfen nicht diese, wenn nicht mit hochqualifizierter Mehrheit, die judikative Gewalt und die Mediengewalt bestimmen. Beides ist auch mit einer Direktwahl durch das Volk möglich.

Der Wähler als Dienstgeber legt die Diäten fest

Die politischen Vertreter sind von den BürgerInnen berufene Menschen, die in deren Auftrag und Namen sie bestmögliche Antworten und Entscheidungen zu gesellschaftlichen Fragen finden sollen, die von einer größtmöglichen Mehrheit der BürgerInnen geteilt wird. Sie arbeiten in deren Dienst. Deshalb sollen Wähler die Möglichkeit haben (z.B. in Verbindung mit den Wahlen) den Durchschnitt einer angemessenen Diät der gewählten Vertreter zu ermitteln, zu dem sich die Parteien öffentlich vor der Wahl äußern.

Bürger nomination von KandidatInnen

Auch kann die parteiunabhängige Nominierung von KandidatInnen durch die BürgerInnen die Kontraposition der Parteien durch einen Vermittlungseffekt abmildern. Zur Auswahl

kämen damit nicht nur Menschen, die, aus welchem Interesse auch immer, für eine Wahl kandidieren wollen und sich dafür als geeignet präsentieren müssen. Vielmehr werden Menschen zur Kandidatur angeregt und nominiert, die nicht selbst an eine Kandidatur gedacht haben, sondern von MitbürgerInnen als KandidatInnen gewünscht werden. Für sie ist eine größere Unabhängigkeit naheliegend und sollte auf besondere Weise Verantwortung für diese Aufgabe bestimmend sein.

Wahlmodus als Spiegelbild des Wertes und der Bedeutung der Wahl

Die Wahl der politischen Vertreter muss als gesamtes Verfahren die Tragweite und den Ernst dieses Aktes vermitteln. Allem voran ist dazu jeder Wähler und jede Wählerin amtlich per Post mit allen für die Wahl nötigen Informationen einzuladen (der Wahlausweis, der Wahlschein, die Listen mit den Kandidaten, die Wahlanleitung, zwei Briefkuverts für die Briefwahl, Wahlwerbung der Parteien in festgelegtem Ausmaß, ein Formular für die Nominierung von Kandidaten zur nächsten Wahl und zur Erhebung einer angemessenen Diät für die Ausübung des Mandates). Nur auf diese Weise ist gesichert, dass jede/r Wähler/in unter **allen** Bedingungen an der Wahl teilnehmen kann. Auch das Listen übergreifende Wählen verlangt diese Form des Wählens, weil mit ihr der Überblick über mehrere Listen erforderlich ist. Die Möglichkeit der Auswahl von Kandidaten verschiedener Listen verlangt auch mehr Zeit und Ruhe beim Ausfüllen des Wahlscheins, als sie in der Wahlkabine gegeben sind. Auch deshalb ist damit wiederum die Briefwahl obligat.

Wahlmöglichkeiten schaffen Zugänglichkeit für alle

Drei Möglichkeiten müssen vorgesehen sein, den Wahlschein abzugeben: per Post, durch Abgabe in einem eigenen Wahlscheinkasten und an der Wahlurne. Der Wahlakt kann damit nicht auf einen Tag reduziert sein, sondern soll erfahrungsgemäß im Laufe einer Woche stattfinden können.

II. Der direkt demokratische Weg

Die gute Regelung ist ausschlaggebend

Dieser Weg kann, wie die anderen auch, nicht alleine gegangen werden. Er ist die unabdingbar notwendige Begleitung des indirekt demokratischen und beide bedürfen der partizipativen und konsultativ-digitalen Begleitung. Entscheidend ist nicht, dass direktdemokratische Instrumente in einer Verfassung und in einem Gesetz vorgesehen sind, sondern allein wie sie geregelt sind entscheidet, ob sie angewandt werden können.

Schlüsselinstrumente: Referendum & Initiative

In Zweifelsfällen muss es einfach und selbstverständlich möglich sein, mit einem

Referendum vor ihrem Inkrafttreten festzustellen, ob eine Entscheidung der politischen Vertretung mehrheitlich von den BürgerInnen geteilt wird. Das muss für Normen der Legislative ebenso gelten, wie für Beschlüsse der Exekutive insbesondere dann, wenn diese mit relevanten Kosten verbunden sind. Weiters müssen Vorschläge aus der Bevölkerung das Recht haben auf eine verbindliche Antwort aller Stimmberechtigten, wenn erwartetes politisches Handeln der Vertretung ausbleibt. Entweder eine direkte Kontrolle durch die BürgerInnen oder deren Initiative müssen verpflichtend sein, wenn Grundsatzfragen zu entscheiden sind, die das politische System selbst betreffen und somit Auswirkungen haben auf alle anderen Entscheidungen, also beispielsweise alle Gesetze zur Regelung von Wahlen und Abstimmungen.

Sinnvoll und naheliegend ist eine Übereinstimmung der Regeln der direkten und der indirekten Demokratie.

Bürger und Bürgerinnen und politische Vertretung haben gleichberechtigte Entscheidungsbefugnis

Alles, was auf einer bestimmten Ebene (Staat, Region, Gemeinde) von der politischen Vertretung entschieden werden kann, muss auch Volksabstimmungen unterworfen oder über diese beschlossen werden können. Gilt der Ausgang von Wahlen unabhängig vom Ausmaß der Beteiligung, so muss das auch für Volksabstimmungen gelten. Kann ein einzelner Bürger, eine Bürgerin mit einer bestimmten Stimmenanzahl zum Gesetzgeber gewählt werden, dann liegt es nahe, eine gleich hohe Zahl von unterstützenden Unterschriften vorlegen zu müssen für die Durchführung einer beschließenden Volksabstimmung über einen Vorschlag aus der Bürgerschaft.

Differenzierte Ausgestaltung der direktdemokratischen Rechte

Sinnvoll ist die differenzierte Ausgestaltung der direktdemokratischen Rechte in beschließende und beratende mit der Möglichkeit der Auswahl unter verschiedenen Optionen, bis hin zu den schwachen Formen der Massen- und der Einzelpetition.

Demokratiekultur ist ein Lernprozess

Ein Verständnis und die Ausübung dieser demokratischen Rechte müssen gelernt werden. In Schul- und Weiterbildung ist auf Landesebene eine politische Kultur der **Eigenverantwortung und der direktdemokratischen, gemeinwohlbezogenen Kompetenzen zu fördern.**

III. Der partizipative Weg

Begleitung der parlamentarischen und der direkten Demokratie

Er begleitet die Wege der parlamentarischen und der direkten Demokratie. Er bietet die so

wichtigen Orte, an denen und Zeiten, zu denen es möglich ist, Sachfragen in der ganzen Breite ihrer Wirksamkeit und Relevanz deutlich werden zu lassen und sie in der Tiefe ihrer Bedeutung auszuloten. Zur Beteiligung motiviert entweder direkte Betroffenheit oder sie ist getragen vom Gefühl der Verantwortung, in zufälliger Auswahl die Aufgabe übertragen bekommen zu haben, für die gesamte Gemeinschaft eine Problematik zu bearbeiten und Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Es ist das gemeinsame Innehalten vor etwas, das sich zur Klärung aufdrängt. Dabei geht es nicht um die Vertretung von Interessen, sondern um ein Kennenlernen der Aspekte einer Problematik und die Suche nach einem passenden Rahmen, in dem ihre Auflösung versucht werden kann. Der partizipative Weg ist sinnvoller Weise also die Wegbereitung für jede weitere demokratische Bearbeitung einer gemeinschaftlichen Frage. Die zu wählende Form des Beteiligungsverfahrens ist jeweils angepasst an die zu bearbeitende Frage und Situation. Sie reicht von der Bürgerversammlung und einer Leitbildarbeit der Bürger einer Gemeinde bis zu einem nationalen ausgelosten Bürgerrat und zur Planungszelle zur Verständigung zwischen Völkern.

IV. Der konsultativ-digitale Weg

Inklusion und breitere Beteiligung durch den konsultativ-digitalen Weg

Digitale Online-Plattformen erlauben es heute den Bürgerinnen und Bürgern, sich direkt über politische Vorhaben und über den politischen Bedarf zu informieren, zu verständigen und abzustimmen, ohne politische Entscheidungen zu treffen. Mit ihnen können Bürgervorschläge, Debatten, Bürgerhaushalte, kollaborative Gesetzesentwurfsverfahren, Interviews, Umfragen, Abstimmungen, u.v.m. organisiert werden. Solche Plattformen können einfach jeder institutionellen Ebene angepasst werden, auf der sie Anwendung finden sollen. Mit ihnen wird für BürgerInnen und die politische Vertretung ein sicheres und zuverlässiges Umfeld geschaffen, in/an dem sie teilnehmen können.

Folglich soll jede Bürgerin und jeder Bürger amtlich einen direkten, persönlichen und gesicherten Zugang zu einer solchen Online-Plattform erhalten. Über diese kann sie/er

- über Vorhaben den politischen Vertretung informiert werden,
- diese Vorhaben kommentieren, Vorschläge dazu unterbreiten und diese in Befragungen bewerten,
- selbst politische Vorschläge veröffentlichen, diese gemeinsam bearbeiten und eine Endfassung auf der jeweils zuständigen Ebene (Gemeinde, Land, Region) unverbindlich digital zur Abstimmung bringen,
- offizielle direktdemokratische Initiativen unterstützen.

Es ist vermutlich eine intuitive menschliche Fähigkeit bzw. ein menschliches Bedürfnis, Dinge attraktiv bzw. schön zu finden, in denen die verschiedenen Dimensionen ihres Seins in einem sich wechselseitig bedingenden und harmonischen Verhältnis zueinander stehen. So ist es auch bei der Demokratie.

Je länger und genauer wir hinschauen, desto vielfältiger erscheint uns Demokratie selbst. Ihre tragenden Säulen haben wir vorerst festgehalten in Bereichen, die zur politischen Praxis gehören, zu denen es Erfahrungswissen gibt und die wissenschaftlich beforscht

sind: die parlamentarische, die direkte und die partizipative Demokratie und die zuletzt hinzugekommene konsultativ-digitale Demokratie. Jede einzelne für sich genommen weist eklatante Unzulänglichkeiten auf und insbesondere ist das Leiden von vielen BürgerInnen an der aktuellen Form der Parlamentarischen Demokratie immer stärker sichtbar. In ihrem Zusammenwirken jedoch kann „Demokratie“ eine bisher ungeahnte Attraktivität/Schönheit für die Menschen erlebbar werden und sie mit so etwas wie „voll ermächtigten BürgerInnenstolz“ erfüllen.

Die Beziehungslinien sind :

- **Parlamentarische zu partizipativer Demokratie**
z.B.: Die parlamentarische muss die partizipative Demokratie als eine Quelle von wichtigen Informationen und Lösungsideen betrachten. Der Weg der Einbindung der BürgerInnen verhindert politische Entscheidungen, die weit weg von der Lebensrealität der Betroffenen sind. Der wichtigste Aspekt: der Versuch sie zu missbrauchen in Form einer Scheinpartizipation ist allgegenwärtig und Beispiele sind zahlreich. Klar definierte Verbindlichkeit und gute Moderation des Prozesses sind wesentlich.
- **Parlamentarische zu direkter Demokratie**
z.B.: Die parlamentarische muss die direkte Demokratie als das Instrument auf Augenhöhe betrachten, mit der die BürgerInnen ihre immerwährende Rolle als Souverän im Staat jederzeit ausüben können. Eine gute gesetzliche Regelung mit niedrigen Zugangshürden muss für die BürgerInnen bereitgestellt werden. Durch gute parlamentarische Arbeit, die auf Konsens und Konkordanz zwischen den politischen Parteien ausgerichtet ist und durch breit gefächerte partizipative Möglichkeiten kann der Gebrauch direktdemokratischer Instrumente auf ein Minimum reduziert werden.
- **Partizipative zu parlamentarischer Demokratie**
z.B.: Die partizipative muss sich als „Zulieferdienst“ für gute politische Entscheidungen der Parlamentarischen Vertretung betrachten und darf von dieser eine Haltung des „Ernstgenommen-werden“ ohne Manipulationsversuche erwarten.
- **Partizipative zu direkter**
z.B.: Die partizipative kann sich als „Vorfeld“ für die direkte Demokratie betrachten, in dem gesellschaftlich relevante Themen vorbearbeitet werden, sodass eine eventuelle direktdemokratische Initiative zielgenau unternommen werden kann.
- **Direkte zu partizipativer Demokratie**
z.B.: Die direkte darf die partizipative Demokratie nicht als Konkurrenzunternehmen betrachten. Sie kann sich als Wächter/Garant betrachten, der dann in Aktion tritt, wenn beispielsweise die vereinbarte Verbindlichkeit partizipative Arbeit der BürgerInnen von Seiten der politischen Vertretung ignoriert wird.
- **Direkte zu parlamentarischer Demokratie**
z.B.: Die direkte darf/muss von der parlamentarischen Demokratie korrekte gesetzliche Regeln für ihr benutzerfreundliches Funktionieren einfordern oder müssen die BürgerInnen sich selbst geben. Sie muss das Selbstbewusstsein entwickeln, dass im Grunde sie auch jene Regeln definieren soll, nach denen die parlamentarische Demokratie funktioniert (z.B. das Wahlgesetz).

Werden diese Wege zusammen gegangen, dann ist damit schon entscheidend die Zusammenarbeit aller geboten. Verschiedene Positionen sollen sich ergänzen und nicht ausschließen.

Das Herz der Demokratie ist der öffentliche Diskursraum. In ihm müssen transparente

Informationen fließen, der offene Austausch von Meinungen in verschiedenen Formen gefördert werden. Die Menschen erleben sich in ihm als der Pulsschlag der Demokratie und die Abstimmung aufeinander als notwendige Selbstverständlichkeit. **Dieser öffentliche, lebendige und atmende Raum des Austausches und der Abstimmung wird so wieder lebendig, befreit vom Würgegriff** der Interessen von wenigen auf Kosten der Bedürfnisse von vielen. Und sie regieren vor allem nicht mehr mit fortgesetzter Ausbeutung der Natur, auf deren lebendige Kreisläufe und auf deren Gleichgewicht wir alle bedingungslos angewiesen sind.

Wir könnten es so schön haben, wenn wir alle zusammen zu entscheiden hätten, was wir wollen und brauchen.